



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Innen- und Rechtsausschuss
- L 215 -

Kiel, 1. September 2011
Landeshaus
Tel. (0431) 5300 1141
(0431) 5300 1146
(0431) 5300 1152
Fax (0431) 5300 4 1180
Innenausschuss@landtag.ltsh.de

K u r z b e r i c h t

über die

68. Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses

*am Mittwoch, dem 31. August 2011,
Sitzungszimmer 142 des Landtages*

Beginn: 13:40 Uhr

Der Ausschuss nahm in einem nicht öffentlichen Sitzungsteil einen Bericht des Ministers für Justiz, Gleichstellung und Integration zu den Hintergründen für die Entscheidung, dass die Familie des 14-jährigen **Armeniers Tigran S.** vorerst in Deutschland bleiben kann, Antrag der Fraktion DIE LINKE, Umdruck 17/2606, entgegen. Hieran schloss sich eine Aussprache an.

Nach einer kurzen Aussprache nahm er den **Bericht des Unabhängigen Landeszentrums für Datenschutz Schleswig-Holstein**, Drucksache 17/1220, abschließend zur Kenntnis.

Auf der Grundlage eines Sachstandsberichts des Landesbeauftragten für den Datenschutz sowie Vertretern des Innenministeriums und des Statistikamtes Nord beschäftigte sich der Ausschuss außerdem mit dem **Zensus 2011**.

Seine Beratungen zum Antrag der Fraktion DIE LINKE, **Für eine erleichterte Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen, Bildungs- und Berufsabschlüssen**, Drucksache 17/1374 (neu), stellte der Ausschuss bis zum Abschluss der Beratungen im federführenden Bildungsausschuss zurück.

Zum Antrag der **Volksinitiative „Schulfrieden Schleswig-Holstein!“**, Drucksache 17/1512, schloss er sich der Empfehlung des beteiligten Bildungsausschusses an und empfahl dem Landtag einstimmig festzustellen, dass die Volksinitiative „Schulfrieden Schleswig-Holstein!“, Drucksache 17/1512, durch die Verabschiedung des Schulgesetzes im Januar 2011 hinfällig ist.

Die Ausschussmitglieder kamen überein, die Landesregierung zu bitten, im Zusammenhang mit

den Beratungen über den Gesetzentwurf der Landesregierung zur **Änderung des Gesetzes über die Hoheitszeichen des Landes Schleswig-Holstein**, Drucksache 17/1664, dem Ausschuss die Inhalte im Einzelnen näher vorzustellen.

Einstimmig empfahl der Ausschuss dem Landtag die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs der Landesregierung zur **Änderung des Landesjustizverwaltungskostengesetzes**, Drucksache 17/1696.

Er nahm in Aussicht, gemeinsam mit dem federführenden Finanzausschuss eine schriftliche und mündliche Anhörung zum Bericht der Landesregierung, **Überprüfung der GMSH einleiten**, Drucksache 17/1572, durchzuführen.

Der Ausschuss legte außerdem fest, zu den folgenden Vorlagen eine Anhörung durchzuführen:

- mündliche Anhörung am 21. September 2011 zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, **Bundesratsinitiative für eine wirksame und stichtagsunabhängige gesetzliche Bleiberechtsregelung**, Drucksache 17/1700, und Änderungsanträge der Fraktionen von CDU und FDP, der Fraktion der SPD und der Fraktion DIE LINKE, Drucksachen 17/1746, 17/1748, 17/1750 (Benennung der Anzuhörenden bis zum 5. September 2011);
- schriftliche Anhörung zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur **Änderung des Landesdatenschutzgesetzes und des Landesverfassungsschutzgesetzes**, Drucksache 17/1698 (Benennung der Anzuhörenden bis zum 9. September 2011);
- schriftliche Anhörung zu den Gesetzentwürfen der Landesregierung, der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur **Änderung kommunalverfassungs- und wahlrechtlicher Vorschriften**, Drucksachen 17/1663, 17/1291, 17/1660 und 17/1693 (Benennung der Anzuhörenden und ggf. weiterer Fragen bis zum 16. September 2011);
- mündliche Anhörung zu den Anträgen der Fraktionen von CDU und FDP und der Fraktion der SPD, Drucksachen 17/1190 und 17/1214, und zum Bericht der Landesregierung, Drucksache 17/1540, **Initiative für das Ehrenamt in Schleswig-Holstein** (Benennung der Anzuhörenden bis zum 16. September 2011).

Der Ausschuss vertagte seine Beratungen zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur **Neuregelung des Besoldungs- und Beamtenversorgungsrechts in Schleswig-Holstein**, Drucksache 17/1267, und zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, **Förderung von Frauen und Mädchen im Sport**, Drucksache 17/1656 (neu) 2. Fassung, sowie den dazu vorliegenden Änderungsanträgen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 17/1717, der Fraktion des SSW, Drucksache 17/1731, und der Fraktionen von CDU und FDP, Drucksache 17/1742.

Folgende Tagesordnungspunkte setzte er von der Tagesordnung ab:

- Bericht der Landesregierung zur **Jugendkriminalität in Schleswig-Holstein**, Drucksache 17/665, und Bericht der Landesregierung über das **Programm Jugend-Taskforce (Teil 2)**, Drucksache 17/1614, sowie **Sicherheitsbericht der Landesregierung für Schleswig-Holstein**, Drucksache 17/783;
- **Einführung von Gender Budgeting in Schleswig-Holstein**, Antrag der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 17/1705;

- Bericht der Landesregierung zu **Neuen Wegen - neue Chancen: Gleichstellung von Frauen und Männern im Lebenslauf**, Drucksache 17/1695.

Schluss: 16:00 Uhr

gez. Dörte Schönfelder